

Florian W. Bartholomae, Chang Woon Nam, Pierre Rafih

Wahlerfolg der AfD und die Flüchtlingskrise: Spielen regionale Disparitäten eine Rolle?

Während Populismus in Europa weiterhin weitverbreitet ist, sieht sich der Kontinent mit einer neuen Flüchtlingsdynamik konfrontiert. Nach der Krise von 2015/2016 ist die EU nun damit beschäftigt, die Herausforderungen der ukrainischen Zuwanderung besser und effizienter zu bewältigen. Aufgrund geopolitischer Veränderungen und zunehmender globaler Ungleichheit ist auch in Zukunft mit weiterer Zuwanderung zu rechnen. Da häufig die These vertreten wird, dass die Zuwanderung Populismus und die Unterstützung für rechtsextreme Parteien verstärkt, kann dies zu politischer Instabilität und Spaltung führen. In diesem Beitrag wird der Zusammenhang zwischen regionalen Disparitäten in der Flüchtlingskrise 2015/2016 und dem Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 untersucht.

Ein Schlüsselereignis, das zum Aufstieg der rechtspopulistischen AfD beigetragen hat, war, dass Deutschland im September 2015 seine Grenzen öffnete und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung 890.000 Geflüchtete aufnahm. Nachdem jedoch mehr als 1 Mio. Menschen Zuflucht gesucht hatten, kam es zu einem Meinungsumschwung und viele begannen, den politischen Optimismus von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu bezweifeln, der in ihrer Aussage „Wir schaffen das“ zum Ausdruck kam (Streeck, 2017). Als Folge der Flüchtlingskrise kam es nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa zu einem Machtzuwachs rechtspopulistischer Bewegungen (Collier, 2020; Pianta, 2020; Halikiopoulou, 2020; Reisen, 2022).¹ Zugleich profitierend von einem stagnierenden Wirtschaftswachstum und einer ungünstigen Entwicklung des Arbeitsmarkts – Nachwirkungen der Finanzkrise von 2008/2009 – setzten sie auf die Themen Zuwanderung in den Wohlfahrtsstaat, nationale Identität und Rassismus (Häusler und Roeser, 2015; Keskinen et al., 2016; Passari, 2020).

¹ Nach Aiginger (2020) wird die vorherrschende Ursache für Populismus in einer Periode oder einem Gebiet durch die sozioökonomische Struktur der Wählerschaft bestimmt und Populismus nimmt im Allgemeinen mit Ungleichheit, räumlichen Ungleichgewichten, Migration und Politikversagen zu (Winkler, 2017). Passari (2020) sieht die Ausbreitung des Populismus in Europa als besorgniserregend an, da diese Entwicklung eine Bedrohung für nationale und europäische Institutionen, die Rechtsstaatlichkeit und andere grundlegende marktwirtschaftliche demokratische Institutionen wie die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz darstellt. Populismus kann sich auch als Hindernis für die weitere europäische Integration erweisen, da er die Umsetzung einer gemeinsamen Sozial- und Wirtschaftspolitik behindert (Streeck, 2017).

© Der/die Autor:in 2022. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Stimmenzuwachs der AfD zwischen 2013 und 2017

Die 2013 gegründete AfD schaffte es, beachtliche Wahlergebnisse zu erzielen und innerhalb von sechs Jahren zur drittstärksten, zeitweise sogar zur zweitstärksten politischen Kraft in Deutschland aufzusteigen (Streeck, 2017). 2019 stand die AfD bei zwei Landtagswahlen in Ostdeutschland sogar kurz davor, stärkste politische Kraft zu werden. Der Schwerpunkt der AfD liegt auf den von ihr als national empfundenen sozialen und wirtschaftlichen Problemen, darunter die öffentliche Fürsorge, die gefühlte Unsicherheit und die Wohnungsfrage, die sie als Ergebnis der liberalen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren interpretiert. Laut Diermeier (2020) zielen die strategischen Überlegungen der AfD dabei stärker auf Wählergruppen mit niedrigerem sozioökonomischen Status, der aus geringer Qualifikation, Arbeitslosigkeit

Prof. Dr. Florian W. Bartholomae lehrt Volkswirtschaftslehre an der Munich Business School.

Prof. Dr. Chang Woon Nam ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Zentrum für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung in München und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für angewandtes Management in Erding.

Prof. Pierre Rafih lehrt an der Hochschule für angewandtes Management in Ismaning.

keit, unterdurchschnittlichem Einkommen sowie unsicheren beruflichen und sozialen Perspektiven resultiert.

Im Vergleich der Wahlergebnisse von 2013 und 2017 konnte die AfD ihren Stimmenanteil von 4,7 % auf 12,6 % mehr als verdoppeln. 2017 unterstützten 16,3 % der Wähler und 9,2 % der Wählerinnen die AfD. Während 15 % aus der Alterskohorte zwischen 35 und 59 Jahren für diese Partei stimmten, erhielt sie bei den jungen (zwischen 18 und 24 Jahren) und den alten Menschen (über 70 Jahre) jeweils etwa 8 %. Laut Decker (2018) führt weder eine hohe Arbeitslosenquote noch ein höherer Ausländeranteil per se zu einer höheren Bereitschaft, die AfD zu wählen. In Westdeutschland scheint die AfD in Gebieten erfolgreich zu sein, die durch ein unterdurchschnittliches Haushaltseinkommen und/oder einen hohen Anteil an Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe gekennzeichnet sind. In Ostdeutschland erfreut sich die Partei großer Beliebtheit in ländlichen Gebieten und altindustriellen Regionen, die unter wirtschaftlicher und demografischer Schrumpfung (Ragnitz, 2016; Franz et al., 2018; Schneider, 2020; Schaub et al., 2021) bzw. unter Deindustrialisierung leiden (Schneider, 2020). Arbeiter:innen und Arbeitslose machen 25 % der AfD-Wählerschaft aus, während die restlichen 75 % Angestellte, Beamt:innen und Selbstständige sind. Die meisten Wähler:innen haben ein mittleres Bildungsniveau (Niedermayer und Hofrichter, 2016). Zudem zeigen AfD-Wähler:innen ein höheres Maß an sozialer Unzufriedenheit und eine größere Neigung, Ideen und Konzepte zu unterstützen, die üblicherweise mit rechtsextremem Gedankengut in Verbindung gebracht werden. Die deutlichsten Unterschiede zwischen dieser selbsternannten „Anti-Establishment-Partei“ und anderen deutschen politischen Parteien bestehen in der Diskussion über die Migrations- und Flüchtlingspolitik, wo sich ihre rigorose Ablehnung mit den Ansichten ihrer Wähler:innen deckt (Hambauer und Mays, 2018).

Auswirkungen von Migration auf das Wahlverhalten

Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass Zuwanderung die Unterstützung für rechtsextreme Kandidat:innen erhöht (Halikiopoulou, 2020). Insbesondere 2015 und 2016 breitete sich in ostdeutschen ländlichen Gemeinden, die traditionell eine geringe Zuwanderung und ethnische Vielfalt aufweisen, schnell eine einwanderungsfeindliche Stimmung aus, was gleichzeitig zu einem raschen Anstieg der Unterstützung für rechtsgerichtete Kandidat:innen bei nationalen und lokalen Wahlen führte. Schaub et al. (2021) weisen darauf hin, dass die Ankunft von Flüchtlingen auch zu einer Unzufriedenheit der Einheimischen mit den politischen Eliten (auf lokaler und nationaler Ebene) führen kann. Der Grund ist, dass diese die Geflüchteten durch Wohlfahrts- und Vorsorgeprogramme sowie spezifische Dienstleistungen, wie Sprachkurse, finanziell unterstützen, wodurch einwanderungsfeindliche Einstellungen gefördert werden können.

Sowohl Gerdes und Wadensjö (2010), die Kommunalwahlen in Dänemark untersuchen, als auch Barone et al. (2016), auf Grundlage italienischer Gemeindedaten, finden signifikante Auswirkung von Einwanderung auf rechte Stimmen. Charitopoulou und Garcia-Manglano (2017) stellen demgegenüber bei der Untersuchung Schweizer Gemeinden fest, dass zwar eine kleine, lautstarke Gruppe einwanderungsfeindliche Einstellungen auslöst, sich diese aber abschwächen, wenn die Einwanderungsgruppe wächst und die Einheimischen beginnen, vermehrt Interaktionen mit dieser zu haben. Folglich wählen Einheimische in Gemeinden mit einem moderaten Ausländeranteil eher rechtsradikale Parteien als in Gemeinden mit einem größeren Anteil an Zuwanderung. Allerdings finden Schaub et al. (2021), dass es in ostdeutschen ländlichen Gemeinden eine starke einwanderungsfeindliche Stimmung gibt, obwohl der Ausländeranteil gering ist.

Nach Card et al. (2012) spielen kompositorische Merkmale, wie die kulturelle Zusammensetzung der Nachbarschaft und der Ausbildungs- sowie Arbeitsstätten, eine wichtige Rolle bei der Ausprägung negativer Einstellungen gegenüber der Einwanderung. Folglich argumentieren Studien wie Adida et al. (2010), Mendez und Cutillas (2014), Brunner und Kuhn (2018), Halla et al. (2017) und Rydgren (2008), dass die Auswirkungen der Zuwanderung auf die rechtsextreme Wahlbeteiligung der Einheimischen stark von der ethnischen Herkunft der Zuwandernden sowie von kulturellen und religiösen Unterschieden abhängen.

Die Einwanderung wirkt sich insbesondere über die Arbeitsmärkte und die öffentlichen Finanzen auf den wirtschaftlichen Wohlstand der Einheimischen aus (Edo et al., 2019). Daher unterstützen zwar viele rechtspopulistische Parteien den Wohlfahrtsstaat, sind aber strikt gegen die Einbeziehung von Einwandernden in das Wohlfahrtsystem (Andersen und Bjørklund, 1990; Kitschelt, 1997). Um dies zu erreichen, wird eine soziale Identität beschworen, die dadurch erreicht wird, dass Mitglieder einer nationalen Gruppe versuchen, sich positiv von anderen Gruppen abzuheben. Je ausgeprägter diese nationale Identifikation ausfällt, desto mehr werden Unterschiede mit Außengruppen, wie etwa Einwandernden, wahrgenommen (Ariely, 2016). Folglich deutet diese Theorie auf mögliche Gruppenkonflikte zwischen Einheimischen und Zuwandernden hin, wobei der wachsende Anteil von Zuwandernden als Bedrohung für die Kultur und Identität der Einheimischen wahrgenommen wird (Dustmann und Preston, 2007; Otto und Steinhardt, 2012; Diermeier, 2020; Bartholomae et al., 2020).

Umgekehrt kann ein Anstieg der Zahl der Zuwandernden innerhalb einer Gemeinschaft zur Schaffung positiver externer Effekte für Einheimische und zur Verringerung der sozialen Identitätskluft gegenüber Ausländer:innen füh-

Tabelle 1
Deskriptive Statistik

Veränderung zwischen 2013 und 2017	Min	Max	Mittelwert (MW)	Std. Abw.	MW Ost	MW West
Stimmenanteil AfD	2,01	27,59	8,48	4,59	16,28	6,87
Stimmenanteil Die Linke	-8,89	4,94	0,54	2,97	-5,46	1,77
Bevölkerung	-2,57	20,39	7,08	3,95	5,82	7,34
Ausländeranteil	0,84	7,34	2,97	0,98	2,35	3,10
Altersquotient (65+/Gesamt)	-1,39	3,37	0,70	0,68	1,46	0,55
Jugendquotient (0-18/Gesamt)	-1,10	1,78	0,05	0,62	1,06	-0,16
Reale BWS (in %)	-4,48	36,83	11,99	5,37	11,58	12,07
Arbeitslosenquote	-5,4	1,20	-1,07	0,94	-2,78	-0,71
Asylbewerber:innen pro 1.000 Einwohner:innen	-0,63	2,38	0,29	0,23	0,25	0,3
Ausländische Sozialhilfeempfänger:innen	-185	433	12,32	38,70	12,61	12,26
Deutsche Sozialhilfeempfänger:innen	-2491	1238	7,77	255,92	-65,33	22,8

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Daten der Regionaldatenbank Deutschland.

ren. Gemäß der Kontakthypothese geschieht dies durch den verstärkten interkulturellen Austausch sowie die interethnische Kommunikation (Allport, 1954; Dustmann und Preston, 2007). Daraus ergibt sich die Möglichkeit, dass Regionen mit einem höheren Ausländeranteil wahrscheinlich offener für Zuwanderung sind (Schaub et al., 2021). Die empirische Gültigkeit und Evidenz dieser Hypothese wird auch in Österreich, Dänemark und Frankreich nachgewiesen (Dustmann et al., 2019).

Ausgewählte Variablen

Tabelle 1 gibt einen deskriptiven Überblick über die betrachteten Variablen auf Landkreisebene. Neben der Qualität und Verfügbarkeit der Daten erfolgte die Auswahl der Variablen unter angemessener Berücksichtigung verschiedener bestehender theoretischer und empirischer Erkenntnisse kombiniert mit deutschlandspezifischen Fakten sowie lokalen demografischen und wirtschaftlichen Unterschieden. Anders als etwa Franz et al. (2018) oder Kellermann und Winter (2022) untersuchen wir, wie sich jeweils die (absolute) Differenz in den untersuchten strukturellen Variablen zwischen 2013 und 2017 auf den in Prozentpunkten gemessenen Stimmenzuwachs der AfD ausgewirkt hat. Diese nicht statische Betrachtung ermöglicht es zum einen, Präferenz- und Strukturveränderungen zwischen den Wahlen zu berücksichtigen, und zum anderen können potenzielle Störfaktoren ausgeschlossen werden.

Wahlergebnisse: Es gab keine Region in Deutschland, in der die AfD im Vergleich zu 2013 Stimmen verloren hat. Mit Ausnahme eines einzigen Landkreises (Münster mit 4,94 %) erreichte sie 2017 in allen Landkreisen mindestens 5 % aller Stimmen bis hin zu knapp 35 % im ostdeutschen Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Insgesamt legte

die AfD am stärksten in Ostdeutschland zu, wo sie durchschnittlich 22 % aller Stimmen erzielte, während es in Westdeutschland nur rund 11 % waren. Die Linke profitierte hingegen weniger als die AfD (Schneider, 2020). Zwar schnitt auch sie 2017 insgesamt besser ab als 2013, konnte aber nicht in jedem Landkreis ihren Stimmenanteil erhöhen. Auf lokaler Ebene lag ihr höchster Stimmenanteil bei 23 % (Suhl in Thüringen), während sie etwa in kaum einem bayerischen Landkreis mehr als 5 % der Stimmen gewinnen konnte.

Demografie: Das gesamtdeutsche Bevölkerungswachstum zwischen 2013 und 2017 von 2,5 % ist fast ausschließlich auf Westdeutschland zurückzuführen. Dieser Zuwachs ist auch das Ergebnis des 38 %igen Anstiegs der nicht einheimischen Bevölkerung. Ohne die Zuwanderung wäre die Bevölkerung hingegen um fast 1 % geschrumpft. Somit gibt es keine Region, in der die Zahl der Ausländer:innen abgenommen hat. Den geringsten absoluten Anstieg der Ausländerzahl zwischen 2013 und 2017 verzeichnete z. B. der Landkreis Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) mit 740 Personen, während die Gesamtbevölkerung dort um 313 Personen abnahm.

Deutschland leidet seit Jahrzehnten unter der Überalterung der Bevölkerung (2017 betrug der Altersquotient rund 21 %). Einige Landkreise wie Goslar (Niedersachsen) oder Wunsiedel (Bayern) – sowie die meisten bayerischen Landkreise – haben es jedoch geschafft, ihre Bevölkerung zu verjüngen, was wahrscheinlich auf die innerdeutsche Zuwanderung aus weniger wohlhabenden Regionen der neuen Bundesländer zurückzuführen ist. Dies erklärt den insgesamt höheren Anstieg des Altersquotienten in Ostdeutschland, wo Leipzig der einzige Landkreis mit einem Rückgang des Quotienten ist. Auch der gesamtdeutsche Jugendquotient ist leicht angestiegen und lag 2017 bei etwa 16 %. Trotz der

stagnierenden Gesamtbevölkerung im Osten zeigen die Daten, dass die Veränderung des Anteils sowohl der jungen als auch der alten Bevölkerung stärker zunahm als im Westen. Dies deutet darauf hin, dass die Stagnation der Bevölkerung im Osten das Ergebnis einer Aushöhlung der Gruppen im erwerbsfähigen Alter ist, die in die wirtschaftlich erfolgreichen westdeutschen Länder abwandern.

Wirtschaft: Das reale Wirtschaftswachstum betrug für Deutschland zwischen 2013 und 2017 12 %, was sich insgesamt positiv auf die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung auswirkte. Während einige Landkreise einen wirtschaftlichen Rückgang erlebten, z. B. Spree-Neiße (Brandenburg), Oberhausen (Nordrhein-Westfalen), profitierten andere wie Berlin, Forchheim und Pfaffenhofen (beide in Bayern) von Wachstumsraten, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen. Der Vergleich des durchschnittlichen realen Wachstums der Bruttowertschöpfung (BWS) zwischen Ost und West zeigt keinen signifikanten Unterschied, sodass der erwartete rasche innerdeutsche wirtschaftliche Aufholprozess, der im Osten ein höheres Wachstum als im Westen erfordern würde, in diesen Jahren nicht zu beobachten war. Die Arbeitslosigkeit sank deutschlandweit um rund 16 %, während es 2017 bei den absoluten Arbeitslosenquoten auf Kreisebene große regionale Unterschiede gab – von 1,5 % (Eichstätt in Bayern) bis 14 % (Gelsenkirchen in Nordrhein-Westfalen).

Sozialstaat: Bei der Zahl der Asylbewerber:innen gibt es Unterschiede zwischen West (Gesamtanstieg der Asylbewerber:innen um 2,97 pro 1.000 Einwohner:innen) und Ost (2,50) sowie zwischen den einzelnen Landkreisen. Während sie in Pforzheim (Baden-Württemberg) sank (-1,65) kam es zu einem starken Anstieg in Wolfsburg (Niedersachsen, +39,83), gefolgt von den bayerischen Landkreisen Coburg (+14,93) und München (+13,70). 2017 erhielten insgesamt 468.608 Menschen (= 5,66 pro 1.000 Einwohner:innen) in Deutschland Asylerleistungen, 2013 waren es 224.993. Der Höchststand wurde 2014 mit 974.551 Personen erreicht.

Die Zahl ausländischer Sozialhilfeempfänger:innen ist in Deutschland um 21 % zwischen 2013 und 2017 gestiegen, während die Zahl der deutschen sogar leicht gesunken ist (-0,2 %). Angesichts dessen, dass die ausländische Bevölkerung um 38 % gestiegen und die deutsche um 1 % gesunken ist, sind diese Änderungen jedoch unterproportional – der Anteil der ausländischen Sozialhilfeempfänger:innen an der Gesamtzahl der Ausländer:innen sank von 0,34 % auf 0,29 %. Vor allem im Osten erhielten mehr Ausländer:innen und weniger Deutsche Sozialleistungen. Dennoch lag die absolute Zahl der ausländischen Sozialhilfeempfänger:innen in Ostdeutschland 2017 bei 3349 – wobei alleine auf Berlin knapp 65 % entfallen –, in Westdeutschland dagegen bei 25.124.

Tabelle 2
Erklärung der Veränderung im Wahlerfolg der AfD

	Gesamt	Ost	West
Veränderung Ausländeranteil	0,405** (0,167)	-2,433*** (0,503)	0,685*** (0,142)
Veränderung Asylbewerber:innen pro 1.000 Einwohner:innen	-0,089 (0,530)	2,044 (2,203)	-1,118*** (0,412)
Veränderung Anteil von Die Linke	-1,078*** (0,086)	-0,458* (0,245)	-1,704*** (0,123)
Veränderung Bevölkerung	0,386*** (0,033)	-0,478** (0,207)	0,481*** (0,028)
Veränderung Altersquotient	1,033*** (0,308)	0,849 (0,884)	0,458* (0,270)
Veränderung Jugendquotient	1,521*** (0,335)	7,999*** (1,956)	1,681*** (0,314)
Veränderung reale BWS	-0,019 (0,023)	0,000 (0,081)	-0,006 (0,019)
Veränderung Arbeitslosenquote	-0,006 (0,216)	-0,543 (0,517)	-0,063 (0,209)
Veränderung ausländischer Sozialhilfeempfänger:innen	0,000 (0,003)	-0,003 (0,010)	0,002 (0,003)
Veränderung deutscher Sozialhilfeempfänger:innen	0,001 (0,001)	0,004 (0,004)	0,001 (0,000)
Konstante	4,552*** (0,771)	10,805*** (4,042)	4,573*** (0,660)
N	387	66	321
R ²	0,756	0,595	0,592
R ² adj.	0,75	0,521	0,579

Anmerkung: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1

Quelle: eigene Berechnungen.

Regressionsergebnisse

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der OLS-Regression zur Erklärung der Änderung im Wahlerfolg der AfD in Abhängigkeit von den besprochenen Variablen sowohl für Gesamtdeutschland als auch für Ost- und Westdeutschland getrennt. Es wurde jeweils die folgende Regressionsgleichung geschätzt:

$$\Delta_{2017-2013} \text{ Stimmenanteil AfD} = \beta_0 + \beta_1 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ Ausländeranteil} + \beta_2 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ Asylbewerber je 1.000 Einwohner:innen} + \beta_3 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ Stimmenanteil Die Linke} + \beta_4 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ Bevölkerung} + \beta_5 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ Altersquotient} + \beta_6 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ Jugendquotient} + \beta_7 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ reale BWS} + \beta_8 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ Arbeitslosenquote} + \beta_9 \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ Ausländische Sozialhilfeempfänger:innen} + \beta_{10} \cdot \Delta_{2017-2013} \text{ deutsche Sozialhilfeempfänger:innen} + \varepsilon$$

Für Gesamtdeutschland erweisen sich der Ausländeranteil, der Anteil der Linkspartei, der Bevölkerungszuwachs, der Altersquotient und der Jugendquotient als signifikant. Mit Ausnahme des Bevölkerungszuwachses und vielleicht

Tabelle 3
Erklärung der Veränderung im Wahlerfolg der AfD
ohne Berücksichtigung der Linken

	Gesamt	Ost	West
Veränderung Ausländeranteil	0,391** (0,199)	-2,530*** (0,512)	1,019*** (0,178)
Veränderung Asylbewerber:innen pro 1.000 Einwohner:innen	0,492 (0,629)	1,522 (2,234)	-0,659 (0,522)
Veränderung Bevölkerung	0,358*** (0,039)	-0,599*** (0,201)	0,324*** (0,033)
Veränderung Altersquotient	3,226*** (0,302)	1,230 (0,879)	1,508*** (0,328)
Veränderung Jugendquotient	3,730*** (0,339)	8,467*** (1,983)	0,895** (0,392)
Veränderung reale BWS	-0,003 (0,028)	0,015 (0,082)	-0,036 (0,024)
Veränderung Arbeitslosenquote	-1,053*** (0,237)	-0,581 (0,528)	0,085 (0,265)
Veränderung ausländischer Sozialhilfeempfänger:innen	-0,006 (0,004)	-0,011 (0,009)	0,000 (0,004)
Veränderung deutscher Sozialhilfeempfänger:innen	0,002*** (0,001)	0,005 (0,004)	0,001** (0,000)
Konstante	1,143 (0,859)	13,241*** (3,911)	1,325* (0,783)
N	387	66	321
R ²	0,654	0,569	0,341
R ² adj.	0,645	0,500	0,322

Anmerkung: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1.

Quelle: eigene Berechnungen.

der Veränderung des Jugendquotienten entsprechen die Ergebnisse den Erwartungen: Ein höherer Ausländeranteil, ein geringerer Erfolg der Linkspartei und ein höherer Altersquotient erhöhen tendenziell die Unterstützung für die AfD. Die Ergebnisse insbesondere bezüglich des Ausländeranteils (Koeffizient bei 0,391) sind robust, wenn man den Wahlerfolg der Linken aus der Regression entfernt (vgl. Tabelle 3) – da eine hohe Korrelation zwischen den Wahlerfolgen der beiden extremen Parteien besteht ($r=-0,8$), können hiermit Probleme bezüglich Multikollinearität vermieden werden. Interessanterweise werden dann sowohl der negative Effekt der Veränderung der Arbeitslosenquote (-1,053) als auch der positive Effekt bei der Änderung deutscher Sozialhilfeempfänger:innen signifikant – letzteres ist bei Berücksichtigung der Linkspartei nur knapp nicht signifikant ($p=0,113$). Ein getrennter Vergleich von Ost und West zeigt jedoch signifikante Unterschiede, sowohl was die Vorzeichen als auch was die Signifikanz der Variablen betrifft.

Der offensichtlichste Unterschied betrifft den Unterschied im Effekt des Ausländeranteils zwischen Ost- und Westdeutschland, der jeweils hoch signifikant ist. Umgekehrt zum Westen verringert ein stärkeres Wachstum des Ausländeranteils den Erfolg der AfD im Osten. Da der absolute

Ausländeranteil in Ostdeutschland (4,5 %) im Durchschnitt weniger als halb so hoch wie im Westen ist, deutet dieses Ergebnis auf eine stärkere Gültigkeit der Kontakthypothese in Ostdeutschland hin, d. h. die einwanderungsfeindlichen Einstellungen der Einheimischen nehmen mit steigendem Ausländeranteil allmählich ab und die soziale Identitätskluft verringert sich. Umgekehrt wäre für Westdeutschland eher die Gruppenkonflikthypothese zutreffend.

Das negative Vorzeichen des Bevölkerungszuwachses deutet darauf hin, dass die Unterstützung der AfD in den demografisch wachsenden Landkreisen nicht so stark ist. Dies deckt sich mit der bereits erwähnten Beobachtung, dass der jüngste Bevölkerungszuwachs in Deutschland auf die Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen ist. Es ist daher möglich, dass die im Rahmen der Kontakthypothese erklärten Phänomene die negative Stimmung der Einheimischen gegenüber Geflüchteten abgemildert haben könnten. Die AfD hat in Ostdeutschland speziell bei jungen Wähler:innen an Zuspruch gewonnen. Die beiden demografischen Kennziffern Altersquotient und Jugendquotient deuten auf positive Auswirkungen auf die Popularität der AfD hin. Im Wahlkampf sprach die AfD Themen an, die für junge Menschen besonders relevant sind, wie etwa wirtschaftliche und soziale Ängste: Vor allem im Osten fühlt sich eine große Zahl junger Männer unsicher über ihre beruflichen und sozialen Perspektiven.

Eine Exklusion des Wahlerfolgs der Linken ändert mit einer Ausnahme nichts an den gewonnenen Ergebnissen ebenso wie an ihrer Signifikanz, sodass die Resultate als robust angesehen werden können. Die Ausnahme betrifft den signifikant positiven Effekt der Asylbewerber:innen in Westdeutschland, der dadurch nicht mehr signifikant ist und damit das Ergebnis als nicht sehr robust angesehen werden kann. Um auch auf mögliche Verzerrungen zwischen urbanen und ländlichen Räumen einzugehen, wurden getrennte Analysen durchgeführt für Regionen, deren Bevölkerungsdichte höher als der Bundesdurchschnitt (320 Personen je km²) ist, und Regionen, deren Dichte geringer ist. Hier zeigt sich, dass in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte eine Zunahme der Ausländerquote einen signifikant positiven Effekt auf den Wahlerfolg der AfD nach sich zieht – dieser Effekt ist dabei robust und sowohl mit als auch ohne Berücksichtigung des Wahlerfolgs der Linken zu beobachten (vgl. Tabelle 4).

Um ein Problem bezüglich Multikollinearität auszuschließen, wurde die Regression auch unter Ausschluss der insignifikanten Variablen durchgeführt, zeigte dabei aber keine Änderung der Effekte. Als weitere Überprüfung der Robustheit wurde der Niveaueffekt berücksichtigt, indem die absolute Ausländerquote sowie die Zahl der Asylempfänger:innen 2017 berücksichtigt wurden. Das Niveau ist jeweils insignifikant und ändert nichts am Vorzeichen der anderen Ergebnisse.

Tabelle 4
Erklärung der Änderung im Wahlerfolg der AfD für
geringe und hohe Bevölkerungsdichte

	Geringe Bevölkerungsdichte		Hohe Bevölkerungsdichte	
	Mit Linke	Ohne Linke	Mit Linke	Ohne Linke
Veränderung Anteil von Die Linke	-1,021*** (0,148)		-0,880*** (0,103)	
Veränderung Ausländeranteil	0,340 (0,341)	0,322 (0,380)	0,792*** (0,176)	0,924*** (0,209)
Veränderung Asylbewerbende pro 1.000 Einwohner:innen	1,226 (1,199)	1,512 (1,336)	-0,585 (0,503)	-0,197 (0,597)
Veränderung Bevölkerung	0,504*** (0,052)	0,511*** (0,058)	0,246*** (0,040)	0,178*** (0,046)
Veränderung Altersquotient	1,036* (0,574)	1,956*** (0,622)	0,815** (0,341)	2,450*** (0,336)
Veränderung Jugendquotient	1,700** (0,681)	4,717*** (0,583)	1,436*** (0,391)	3,008*** (0,411)
Veränderung reale BWS	-0,015 (0,037)	0,000 (0,041)	-0,036 (0,027)	-0,027 (0,032)
Veränderung Arbeitslosenquote	-0,454 (0,377)	-1,471*** (0,387)	0,171 (0,234)	-0,524** (0,261)
Veränderung ausl. Sozialhilfeempfänger	0,017 (0,019)	0,005 (0,021)	-0,001 (0,003)	-0,004 (0,003)
Veränderung dt. Sozialhilfeempfänger	0,001 (0,001)	0,002 (0,001)	0,001 (0,000)	0,001** (0,001)
Konstante	3,029* (1,598)	1,256 (1,758)	4,268*** (0,788)	1,345 (0,845)
N	203	203	184	184
R ²	0,791	0,739	0,684	0,551
R ² adj.	0,780	0,727	0,666	0,527

Anmerkung: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1; geringe Bevölkerungsdichte <230 Personen/km²; hohe Bevölkerungsdichte >230 Personen/km².

Quelle: eigene Berechnungen.

Fazit

Die EU scheint aus der Krise 2015/2016 gelernt zu haben und bemüht sich, die ukrainische Zuwanderung besser und effizienter zu bewältigen. Dies ist umso wichtiger, da aufgrund multipler Krisen auch in Zukunft mit weiteren Zuwanderungswellen nach Europa zu rechnen ist, was die gesellschaftliche und politische Zustimmung für nationalistische und rechtspopulistische Gruppierungen fördern kann.

Mit Versprechungen von Nationalismus, autoritärer Sicherheit und Homogenität fördert die AfD bei der Wahl 2017 flüchtlingsfeindliche Stimmungen und verteilungsfeindliche Präferenzen insbesondere bei Wähler:innen mit niedrigerem sozioökonomischen Status. Der gemessene Einfluss der Veränderung der ausländischen Sozialhilfeempfänger:innen auf die Veränderung des Anteils der rechtsextremen Partei deutet unmittelbar auf den Popularitätszuwachs der AfD

im Zuge der Flüchtlingskrise hin, während der Anstieg der einheimischen Sozialhilfeempfänger:innen die Präferenz der deutschen Wähler:innen für diese populistische Partei kaum beeinflusst hat.

Die Ankunft von Geflüchteten 2015 und 2016 ließ zudem die Unzufriedenheit der Einheimischen mit lokalen und nationalen Politiker:innen anderer „etablierter“ Parteien in Deutschland rapide ansteigen, da diese umgehend großzügige finanzielle und gesundheitliche Unterstützung für die Geflüchteten durch Sozialprogramme bereitstellten und/oder befürworteten. Als Folge nahmen einwanderungsfeindliche Einstellungen zu, was sich in einer höheren Wahlpräferenz für die AfD 2017 widerspiegelte.

Bei der Wahl 2017 ist es der AfD gelungen, Wähler:innen aus den jüngeren Generationen zwischen 18 und 24 Jahren zu gewinnen. Diese jungen Menschen sind in Deutschland, insbesondere im Osten, zunehmend mit wirtschaftlichen und sozialen Ängsten konfrontiert und fühlen sich unsicher über ihre Berufs- und Lebensperspektiven. Wenn sie arbeitslos werden oder eine solche Bedrohung sehen, werden diese jungen Einheimischen ernsthaft infrage stellen, ob Geflüchtete nationale Sozialleistungen verdienen bzw. ihre Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck bringen, das finanzielle Sicherheitsnetz mit ausländischen Migrant:innen zu teilen, die keinen Beitrag zum inländischen Sozialsystem leisten bzw. geleistet haben.

Trotz des rapiden Anstiegs der einwanderungsfeindlichen Stimmung haben wir festgestellt, dass ein Anstieg des Ausländeranteils auch die Unterstützung für die AfD verringern kann. Im Vergleich zur Gruppenkonflikthypothese, die besagt, dass ein Anstieg der Zuwanderung zur Unterstützung rechtspopulistischer Parteien führt, impliziert dieser statistische Befund eine stärkere Gültigkeit der Kontakthypothese, die die Abschwächung der einheimischen einwanderungsfeindlichen Einstellungen durch ihren intensiveren und häufigeren interkulturellen Austausch mit Ausländer:innen betont, wenn der Ausländeranteil in der Bevölkerung steigt. In Westdeutschland ist die Gruppenkonflikthypothese tendenziell besser geeignet, die festgestellte positive Korrelation zwischen dem Wachstum des Ausländeranteils und der Popularität der AfD zu erklären. Andernfalls scheint soziotropes Verhalten der Wähler:innen, ausgelöst durch die bundesweite und regionale Verbreitung von Anti-Migrations-Stimmung (und nicht durch die Zahl der in ihrer Gemeinde untergebrachten Geflüchteten), zusätzlich in Betracht gezogen zu werden, um die negative Korrelation zwischen dem Ausländeranteil und dem Erfolg der AfD im Osten zu erklären.

Folgt man Aiginger (2020), sollte die derzeitige Migration als Chance genutzt werden, um einen positiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel umzusetzen.

So kann dem Fachkräftemangel durch gut ausgebildete Ausländer:innen begegnet werden. Denn werden Ausländer:innen als Chance und nicht als Risiko aufgefasst, sondern als Menschen, die den Wohlstand des Landes mehren und durch eine Erhöhung des Arbeitsangebots auch akute Probleme wie die Inflation lindern können, wird populistischen Strömungen der Nährboden entzogen.

Literatur

- Adida, C. L., D. D. Laitin und M.-A. Valfort (2010), Identifying Barriers to Muslim Integration in France, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 107(52), 22384-22390.
- Aiginger, K. (2020), Populism: Root Causes, Power Grabbing and Counter Strategy, *Intereconomics*, 55(1), 38-42, www.intereconomics.eu/contents/year/2020/number/1/article/populism-root-causes-power-grabbing-and-counter-strategy.html (20. September 2022).
- Allport, G. W. (1954), *The Nature of Prejudice*, Addison-Wesley.
- Andersen, J. G. und T. Bjørklund (1990), Structural Change and New Cleavages: The Progress Parties in Denmark and Norway, *Acta Sociologica*, 33(3), 195-217.
- Ariely, G. (2016), Does National Identification Always Lead to Chauvinism? A Cross-national Analysis of Contextual Explanations, *Globalizations*, 13(4), 377-395.
- Barone, G., A. D'Ignazio, G. de Blasio und P. Naticchioni (2016), Mr. Rossi, Mr. Hu and Politics. The Role of Immigration in Shaping Natives' Voting Behavior, *Journal of Public Economics*, 136(C), 1-13.
- Bartholomae, F. W., C. W. Nam und P. Rafih (2020), The Impact of Welfare Chauvinism on the Results of Right-Wing Populist Voting in Germany after the Refugee Crisis, *CESifo Working Paper*, 8629.
- Brunner, B. und A. Kuhn (2018), Immigration, Cultural Distance and Natives' Attitudes towards Immigrants: Evidence from Swiss Voting Results, *Kyklos*, 71(1), 28-58.
- Card, D., C. Dustmann und I. Preston (2012), Immigration, Wages, and Compositional Amenities, *Journal of European Economic Association*, 10(1), 78-119.
- Charitopoulou, E. und J. Garcia-Manglano (2018), Fear of Small Numbers? Immigrant Population Size and Electoral Support for the Populist Radical Right in Switzerland, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 44(5), 849-869.
- Collier, Sir P. (2020), Achieving Socio-Economic Convergence in Europe, *Intereconomics*, 55(1), 5-12, www.intereconomics.eu/contents/year/2020/number/1/article/achieving-socio-economic-convergence-in-europe.html (20. September 2022).
- Decker, F. (2018), Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD, www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft (20. September 2022).
- Diermeier, M. (2020), The AfD's Winning Formula – No Need for Economic Strategy Blurring in Germany, *Intereconomics*, 55(1), 43-52, www.intereconomics.eu/contents/year/2020/number/1/article/the-afd-s-winning-formula-no-need-for-economic-strategy-blurring-in-germany.html (20. September 2022).
- Dustmann, C. und I. Preston (2007), Racial and Economic Factors in Attitudes to Immigration, *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy*, 7(1), 1-41.
- Dustmann, C., K. Vasiljeva und A. P. Damm (2019), Refugee Migration and Electoral Outcomes, *The Review of Economic Studies*, 86(5), 2035-2091.
- Edo, A., Y. Giesing, J. Öztunc und P. Poutvaara (2019), Immigration and Electoral Support for the Far-left and the Far-right, *European Economic Review*, 115(C), 99-143.
- Franz, C., M. Fratzscher und A. S. Kritikos (2018), AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, *DIW Wochenbericht*, 8, 135-144.
- Gerdes, C. und E. Wadensjö (2010), The Impact of Immigration on Election Outcomes in Danish Municipalities, *IZA Discussion Paper*, 3586.
- Häusler, A. und R. Roeser (2015), Zwischen Euro-Kritik und rechtem Populismus: Merkmale und Dynamik des Rechtsrucks in der AfD, in A. Zick und B. Küpper (Hrsg.), *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Dietz Verlag, 124-145.
- Halkiopoulou, D. (2020), Economic Crisis, Poor Governance and the Rise of Populism: The Case of Greece, *Intereconomics*, 55(1), 34-37, www.intereconomics.eu/contents/year/2020/number/1/article/economic-crisis-poor-governance-and-the-rise-of-populism-the-case-of-greece.html (20. September 2022).
- Halla, M., A. F. Wagner und J. Zweimüller (2017), Immigration and Voting for the Far Right, *Journal of European Economic Association*, 15(6), 1341-1385.
- Hambauer, V. und A. Mays (2018), Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien, *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(3), 133-154.
- Kellermann, K. L. und S. Winter (2022), Immigration and Anti-Immigrant Voting in the 2017 German Parliamentary Election, *German Economic Review*, 23(3), 341-401.
- Keskinen, S., O. C. Norocel und M. B. Jørgensen (2016), The Politics and Policies of Welfare Chauvinism under the Sign of the Economic Crisis, *Critical Social Policy*, 36(3), 321-329.
- Kitschelt, H. (1997), *The Radical Right in Western Europe*, Ann Arbor, University of Michigan Press.
- Mendez, I. und I. M. Cutillas (2014), Has Immigration Affected Spanish Presidential Elections Results?, *Journal of Population Economics*, 27(1), 135-171.
- Niedermayer, O. und J. Hofrichter (2016), Die Wählerschaft der AfD: wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47(2), 267-284.
- Otto, A. H. und M. F. Steinhardt (2012), Immigration and Election Outcomes: Evidence from City Districts in Hamburg, *HWWI Research Paper*, 122.
- Passari, E. (2020), The Great Recession and the Rise of Populism, *Intereconomics*, 55(1), 17-21, www.intereconomics.eu/contents/year/2020/number/1/article/the-great-recession-and-the-rise-of-populism.html (20. September 2022).
- Pianta, M. (2020), Italy's Political Upheaval and the Consequences of Inequality, *Intereconomics*, 55(1), 13-17, www.intereconomics.eu/contents/year/2021/number/2/article/italy-s-political-turmoil-and-mario-draghi-s-european-challenges.html (20. September 2022).
- Ragnitz, J. (2016), Wahlerfolge der AfD im Osten – Reflex auf die ökonomische Lage?, *Wirtschaftsdienst*, 96(10), 702-703, www.wirtschaftsdienst.de/inhalt/jahr/2016/heft/10/beitrag/wahlerfolge-der-afd-im-osten-reflex-auf-die-oekonomische-lage.html (20. September 2022).
- Reisen, H. (2022), Präsidentschaftswahl zeigt Frankreichs Spaltung, *Wirtschaftsdienst*, 102(5), 408-410, www.wirtschaftsdienst.de/inhalt/jahr/2022/heft/5/beitrag/praesidentschaftswahl-zeigt-frankreichs-spaltung.html (20. September 2022).
- Rydgren, J. (2008), Immigration Sceptics, Xenophobes or Racists? Radical Right-wing Voting in Six West European Countries, *European Journal of Political Research*, 47(6), 737-765.
- Schaub, M., J. Gereke und D. Baldassarri (2021), Strangers in Hostile Lands: Exposure to Refugees and Right-Wing Support in Germany's Eastern Regions, *Comparative Political Studies*, 54(3-4), 686-717.
- Schneider, L. (2020), Deindustrialisierung und Wahlverhalten – Eine regionale Analyse der Bundestagswahlen 2017, *Wirtschaftsdienst*, 100(10), 787-792, www.wirtschaftsdienst.de/inhalt/jahr/2020/heft/10/beitrag/deindustrialisierung-und-wahlverhalten.html (20. September 2022).
- Streeck, W. (2017), Bundestagswahl: Die Zweifel fressen sich durch, *Wirtschaftsdienst*, 97(10), 682-683, www.wirtschaftsdienst.de/inhalt/jahr/2017/heft/10/beitrag/bundestagswahl-die-zweifel-fressen-sich-durch.html (20. September 2022).
- Winkler, A. (2017), Makroökonomie und Populismus, *Wirtschaftsdienst*, 97(2), 115-123, www.wirtschaftsdienst.de/inhalt/jahr/2017/heft/2/beitrag/makrooekonomie-und-populismus.html (20. September 2022).

Title: AfD's Electoral Success and the Refugee Crisis: Do Regional Disparities Matter?

Abstract: While populism remains rife in Europe, the continent is facing a new refugee dynamic. In the aftermath of the 2015-16 crisis, the EU is grappling with how to better address the challenges posed by Ukrainian immigration. Geopolitical changes and rising global inequality will further increase immigration in the future. It is often argued that immigration promotes populism and support for far-right parties, which can lead to political instability and disunity. This paper examines the relationship between regional differences in the 2015-16 refugee crisis and the success of the AfD in the 2017 federal election.